

Europäische Union: 2009 ist ein Schicksalsjahr – noch nie war die Zukunft der Union so ungewiss

Supermacht oder „Failed State“



Vor den Europawahlen und der irischen Abstimmung über den Reformvertrag verleiht die Wirtschaftskrise der EU Rückenwind. Navigiert sie die Bürger nicht sicher durch die Turbulenzen, droht der Schiffbruch.

Clemens Neuhold

Frühling 2014: Die Wahlen zum Europäischen Parlament stehen bevor. Den Zeitungen ist der Urnengang bestenfalls eine Randnotiz wert. Straßburg, Brüssel? Das war einmal, die Politik wird wieder in den Hauptstädten gemacht. Die mehrjährige Wirtschaftskrise hat Europa aufgerieben. Dazu kam das zweite Nein der Iren zum Reformvertrag und die darauf folgende Totalblockade des Brüsseler Uhrwerks.

Nach fruchtlosen Hilfspaketen und Krisengipfeln in Brüssel haben sich zuerst Frankreich, dann Deutschland, Großbritannien und die Niederlande auf ihre eigenen Stärken besonnen. Das Geld, das sie früher in die EU-Kassen eingezahlt haben, verwenden sie nun zur Wiederbelebung ihrer Industrien und zur Rettung der Sozialsysteme. Erzwingen haben diesen Kurswechsel rechtsradikale Parteien, die wegen der grassierenden Arbeitslosigkeit massiven Zulauf erfahren haben.

Der Euro, das Symbol für die ökonomische Weltmacht Europa, ist weich geworden. In Griechenland und Italien gelten wieder Drachmen und Lire. Auch Portugal und Irland ste-

hen kurz vor dem Austritt aus der Währungszone. Sie müssen ihre Währung abwerten, um die Exporte anzukurbeln und auf diese Weise ökonomisch zu überleben. Die reichen EU-Länder sind nicht bereit, ihnen weiter mit Transferzahlungen unter die Arme zu greifen und sie auf dem Kapitalmarkt vor dem Staatsbankrott zu retten. Das Bröckeln der Eurozone schwächt den Kurs. Die Deutschen wollen ihre starke Mark zurück.

„Worst-Case-Szenarien“ durchzuspielen, ist derzeit besonders bei Banken beliebt; die österreichischen Institute loten damit ihr wahres Osteuropa-Risiko aus (siehe Grafik). Obiges Szenario will sich aber wohl kein Strategie bei Erste Bank, Raiffeisen und Bank Austria ausmalen. Denn die jungen und besonders verwundbaren Demokratien Osteuropas wären die Hauptverlierer – und mit ihnen ihre Geldgeber, die heimischen Banken, deren Geldgeber im Fall von Pleiten wieder die österreichischen Steuerzahler wären.

2009 müssen in Brüssel, Straßburg und den Hauptstädten die Weichen gestellt werden, damit der Worst Case nicht eintritt – und die Ausgangsposi-



Das Puzzle Europäische Union ist noch lange nicht vervollständigt. Obwohl die EU-Bürger derzeit hinter der EU stehen, könnte sie schnell wieder zerfallen. Foto: Photos.com

tion ist gut, zumindest, was den Rückhalt durch die Bürger betrifft. „Für die EU steht viel auf dem Spiel, jetzt ist ein Mondfenster offen. Jetzt kann die Union zeigen, was sie kann“, meint Meinungsforscher Peter Ulram vom Institut GfK im Gespräch mit *economy*.

Derzeit starke Zustimmung

Im traditionell europaskeptischen Österreich ortet Ulram drei Monate vor der Wahl zum Europäischen Parlament die stärkste Zustimmung zur Union seit zehn Jahren. 65 Prozent sagen laut seinen Umfragen, der Beitritt zur Union sei eine positive Sache gewesen, 35 Prozent verneinen das. „In der Wirtschaftskrise empfinden die Bürger die EU als eine

Schutzmacht. Sie sehen ein, dass Österreich alleine die Probleme nicht lösen kann.“ Bei den Wahlen sieht Ulram die beiden Großparteien mit je deutlich über 20 Prozent fast gleich auf, mit einem schmelzenden Vorsprung der SPÖ. Die FPÖ kommt nach seiner Prognose auf neun, die Grünen hätten acht Prozent, und die Liste des EU-Kritikers, EU-Abgeordneten und *Krone*-Kolumnisten Hans-Peter Martin käme auf vier Prozent.

Allerdings meint Ulram: „Wenn all die Hilfspakete scheitern, kann die Stimmung schnell kippen.“ Dann könnten wieder Themen in den Vordergrund treten, die der Gemeinschaft schaden, etwa das Ausländerthema. Einen Vorgeschmack boten wütende Arbeiter in Großbritannien, die aus Furcht um ihren Arbeitsplatz gegen zugewanderte Arbeiter – auch aus der EU – protestierten.

Das nächste Eckdatum des Schicksalsjahrs 2009 ist ein noch festzulegender Wahltag im Oktober. Bei diesem Urnengang werden die Iren ein zweites Mal über den Vertrag von Lissabon abstimmen. Kern des Vertrags sind schnellere, einfachere Entscheidungswege. Das soll die auf 27 Länder angewachsene Union davor bewahren, an der eigenen Behäbigkeit zu ersticken.

Schon nach dem ersten Nein der Iren zum Vertrag sahen Untergangspropheten die EU an ihr Ende gekommen. Von der „größten Krise der EU“ war die

Rede, als sich der Kollaps des globalen Finanzsystems in amerikanischen Einfamilienhäusern gerade erst zusammenbraute. Es ist leicht vorstellbar, wie komatös ein zweites Nein der Iren wirken würde. Die seit 2002 laufenden Bemühungen um eine Reform der Europäischen Union wären endgültig gescheitert.

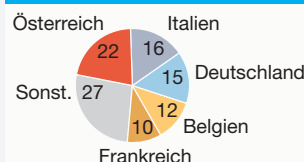
Doch auch hier steht der Mond günstig. Denn die Iren hat die Krise wie eine Keule getroffen, für Ressentiments gegen den bedrohlichen Zentralismus Brüssels bleibt mitten im Existenzkampf wenig Raum. Aus heutiger Sicht ist mit einem Ja zum Vertrag zu rechnen. Der Kampf gegen den Vertrag von Lissabon wäre für FPÖ, BZÖ und Hans-Peter Martin die Hauptbotschaft im Wahlkampf gewesen: eine Wahlkampfmunition, die jetzt nicht mehr so recht zündet. Die Menschen haben andere Sorgen als ein abstraktes Vertragswerk. „Den Schwerpunkt auf den EU-Vertrag zu legen wäre kontraproduktiv“, sagt Ulram dazu.

Die Suche nach Spitzenkandidaten für Parlament und Kommission hat die Krise jedenfalls erleichtert. Swoboda (SPÖ), Mölzer (FPÖ), vielleicht Karas (ÖVP) ins Parlament, Molterer oder Ferrero-Waldner in die EU-Kommission: Statt auf Fernsehstars setzen die Parteien auf erfahrene Europapolitiker. Zum Einarbeiten bliebe im Schicksalsjahr 2009 ohnedies keine Zeit.

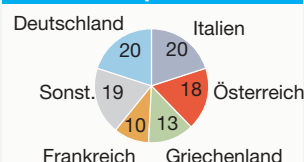
Osteuropa-Geschäft der EU-Banken

Kredite der EU-Banken in Osteuropa, Anteil in Prozent

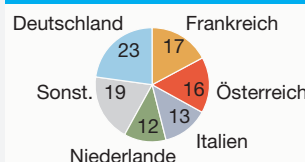
Neue EU-Länder



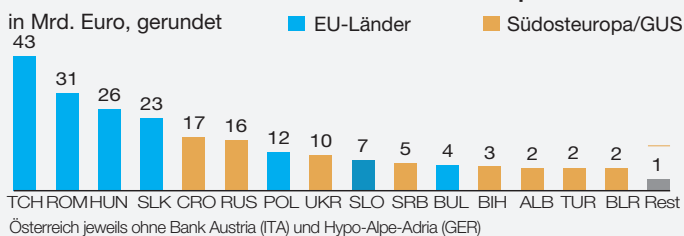
Südosteuropa



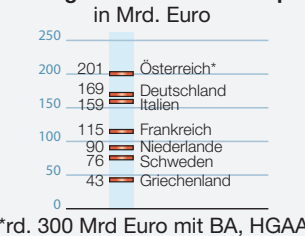
GUS-Staaten



Kreditvolumen österreichischer Banken in osteuropäischen Ländern in Mrd. Euro, gerundet



Bankgeschäfte in Osteuropa in Mrd. Euro



Grafik: APA/economy Quelle: APA/OeNB, Stand 3. Quartal 2008